

Dr. Brigitta Pallauf  
Präsidentin des Salzburger Landtages

Landtagsdirektion Salzburg	
Eing.:	08. Jan. 2019
Zl.:	Blg.:

Salzburg, im Dezember 2018

- 1.) An die  
Salzburger Landesregierung  
zuhanden Herrn LH Dr. Wilfried Haslauer  
Chiemseehof
- 2.) Landtagsdirektion

Betreff:

1. Bericht über meine Tätigkeit als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss der Regionen - Zeitraum September bis Dezember 2018
2. Gleichzeitig Jahresbericht 2018

1. 131. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 08./09./10.10.2018
2. 20. Sitzung der Fachkommission SEDEC am 18. Oktober 2018
3. 21. Sitzung der Fachkommission SEDEC am 27. November 2018

Unter Hinweis auf Art. 50c Abs. 2 und 4 des Landes-Verfassungsgesetzes 1999 idgF möchte ich im Folgenden über meine Arbeit als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss der Regionen im Zeitraum September bis Dezember 2018 berichten. Dieser Bericht stellt heuer gleichzeitig - bedingt durch einen langwierigen AdR-Neunominierungsprozess nach den Landtagswahlen 2018 - meinen Jahresbericht 2018 dar.

#### **1.) 131. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 08./09./10.10.2018**

An der 131. Plenartagung nahmen als österreichische AdR-Mitglieder HLH KAISER, HLH a.D. SCHAUSBERGER, HLH WALLNER, HLH-Stv. STRUGL, HLTP ILLEDITS, FLTP LEDL-ROSSMANN, FLR EIBINGER-MIEDL, FLR KAMPUS, HBGM STADLER, HBGM WAGNER, HGR FLORIAN SCHÜTZ, HGR WENINGER und ich teil.

Nachfolgende Stellungnahmen wurden verabschiedet:

- Nachdenken über Europa (CDR 123/2018)
- Paket für den mehrjährigen Finanzrahmen (CDR 2389/2018)
- Fazilität „Connecting Europe“ (CDR 3598/2018)
- Programm für Umwelt- und Klimapolitik (LIFE) (CDR 3653/2018)
- HORIZON Europe (CDR 3891/2018)
- Der Europäische Meeres- und Fischereifonds (CDR 3660/2018)
- Europäische Arbeitsbehörde (CDR 2670/2018)
- Rechte und Werte (CDR 3994/2018)
- Asyl- und Migrationsfonds (CDR 4007/2018)
- Der Beitrag der Städte und Regionen der EU zur 14. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (COP 14) und zur EU-Biodiversitätsstrategie nach 2020 (CDR 1019/2018)
- Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft (CDR 925/2018)
- Einwegkunststoffe (CDR 3652/2018)
- Sport in der Agenda der EU nach 2020 (CDR 1664/2018)
- Saubere Häfen, saubere Meere - Hafenauffangeinrichtungen für die Entladung von Abfällen von Schiffen (CDR 1190/2018)
- Paket Steuergerechtigkeit (CDR 2180/2018)
- Aktionsplan für digitale Bildung (CDR 2710/2018)
- Ein stärkeres Europa aufbauen: Die Rolle der Jugend-, Bildungs- und Kulturpolitik (CDR 3952/2018)
- Transparenz und Nachhaltigkeit bei der Bewertung von Risiken in der Lebensmittelkette durch die EU (CDR 2837/2018)
- Neugestaltung der Rahmenbedingungen für die Verbraucher (CDR 2839/2018)

Es wurden anlässlich der 131. Plenartagung von der österreichischen Delegation vier Änderungsanträge eingebracht, von denen einer angenommen und zwei abgelehnt wurden, ein Änderungsantrag wurde durch einen Kompromissvorschlag des Berichterstatters erledigt.

## 2.) 20. Sitzung der Fachkommission SEDEC am 18. Oktober 2018

Die 20. Sitzung der FK SEDEC fand am 18. Oktober 2018 in Brüssel unter dem Vorsitz von José Ignacio CENICEROS GONZALEZ (ES/EVP) statt. Von den österreichischen Mitgliedern war ich als ständige Vertreterin von HLH a.D. SCHAUSBERGER anwesend.

- Stellungnahme-Entwurf „Kreatives Europa und ‚Eine europäische Agenda für Kultur‘“ (CDR 3890/2018; Berichterstatter: János Ádám KARÁCSONY, HU/EVP)

Der Stellungnahme-Entwurf fordert ein angemessenes Gleichgewicht zwischen den für umfassende Großprojekte aufgewendeten Mitteln auf der einen und der Finanzierung von Maßnahmen und Aktivitäten auf lokaler und regionaler Ebene (einschließlich KMU) auf der anderen Seite ein und weist darauf hin, dass die

Kultur- und Kreativbranche überwiegend aus Kleinstunternehmen, KMU und selbstständig Erwerbstätigen besteht, die Initiativen und Organisation auf lokaler Ebene brauchen. Der digitale Wandel habe einen Paradigmenwechsel mit sich gebracht und massive Auswirkungen auf die Art, wie Kulturgüter geschaffen, verwaltet, verbreitet, genutzt und finanziell verwertet werden und wie auf sie zugegriffen wird; es wird aber darauf aufmerksam gemacht, dass auch weiterhin nichtdigitale Kunstwerke geschaffen werden und sich das nichtdigitale künstlerische Schaffen weiterentwickelt, weswegen ihm eine würdige Stellung in der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts zukommen sollte. Zur Finanzausstattung schlägt der Stellungnahme-Entwurf u.a. aus Inflationsgründen eine Erhöhung auf EUR 2 Mrd gegenüber dem Kommissionsvorschlag (EUR 1,85 Mrd) im Zeitraum 2021 - 2027 vor.

Der Stellungnahme-Entwurf wurde mehrheitlich angenommen und steht voraussichtlich anlässlich der Plenartagung im Februar 2019 zur Verabschiedung heran.

- Stellungnahme-Entwurf „ERASMUS - Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport“ (CDR 3950/2018; Berichterstatterin: Ulrike HILLER, DE/SPE)

Gemäß dem Stellungnahme-Entwurf sollte das Programm in Ergänzung des Kommissionsvorschlages auch die gezielte Ansprache, Motivation und Bildung des Personals der außerschulischen sowie der beruflichen und allgemeinen Bildung berücksichtigen, damit diese möglichst viele Jugendliche motivieren können und das Prinzip „Kein Schul- oder Ausbildungsabschluss ohne Teilnahme an einem europäischen Projekt“ möglichst bald verwirklicht werden kann. Nach dem Willen der Kommission soll das Programm dazu beitragen, die Innovationskapazität der Union zu stärken, indem es Mobilitäts- und Kooperationsaktivitäten unterstützt, die die Entwicklung von Kompetenzen in zukunftsorientierten Fachbereichen und Disziplinen fördern, wie Wissenschaft, Technik, Ingenieurwesen und Mathematik, Bekämpfung des Klimawandels, Umwelt, saubere Energien, künstliche Intelligenz, Robotik, Datenanalyse und Künste/Design, um den Menschen zu helfen, Wissen, Fertigkeiten und Kompetenzen zu erwerben, die sie in der Zukunft benötigen; der Stellungnahme-Entwurf will diesen Ansatz darum ergänzen, dass dabei die Entwicklung von sozialen Kompetenzen wie z. B. interkulturelle Teamarbeit, Empathie, Ambiguitätstoleranz, Lernfähigkeit, sowie selbstständiges und experimentelles Arbeiten nicht außer Acht gelassen werden darf. Organisatorisch sollten bereichsspezifische, extrem vereinfachte Antragsverfahren eingeführt werden, um die angestrebte Erhöhung der Teilnehmerzahlen zu erreichen und die Bereitschaft des Personals, Anträge einzubringen, zu erhöhen; dafür bedürfe es einer intensiven Beratung, Unterstützung und Begleitung auf der lokalen Ebene, die die Bedürfnisse vor Ort am besten kennt. Zusätzlich zu den von der Kommission vorgeschlagenen Innovationspartnerschaften zur Stärkung der Innovationsfähigkeit Europas sollten „Europäische Betriebe und Unternehmen“, die sich besonders für die europäische Qualifizierung ihrer Auszubildenden engagieren, ausgelobt werden.

Der Stellungnahme-Entwurf wurde mehrheitlich angenommen und steht voraussichtlich anlässlich der Plenartagung im Februar 2019 zur Verabschiedung heran.

- Stellungnahme-Entwurf „Europäisches Solidaritätskorps und die neue EU-Strategie für die Jugend“ (CDR /2018; Berichterstatter: Matteo Luigi Bianchi, IT/EKR)

Der Stellungnahme-Entwurf begrüßt nachdrücklich den Vorschlag der Europäischen Kommission, einen EU-Jugendkoordinator einzusetzen und eine Plattform der EU-Strategie für die Jugend zu schaffen. Er empfiehlt, die lokale Freiwilligentätigkeit zu stärken, und betont, dass zahlreiche junge Menschen an Projekten der lokalen Gemeinschaften mitwirken, die im Hinblick auf das bürgerschaftliche Engagement, die soziale Inklusion und die Bekämpfung der Landflucht aufgewertet werden müssen. Wichtig sei, die in Ausübung einer Freiwilligentätigkeit erworbenen Kompetenzen durch die Ausstellung spezieller Bescheinigungen des Europäischen Solidaritätskorps anzuerkennen und außerdem auf Bewertungsinstrumente wie Youthpass und Europass und die für die Lehrlingsausbildung geltenden Kriterien zurückzugreifen. Zum Zweck der größtmöglichen Verbreitung des Europäischen Solidaritätskorps auf lokaler und regionaler Ebene müsse für eine ständige Interaktion mit den nationalen Interessenträgern und eine konkrete und wirksame Bekanntmachung des Angebots an solidarischen Tätigkeiten gesorgt werden. In einer Ergänzung des Kommissionsvorschlages verlangt der Stellungnahme-Entwurf von Kommission und Mitgliedstaaten, sicherzustellen, dass Schwarzarbeit bzw. der Missbrauch der Freiwilligentätigkeit zu dem bloßen Zweck, die solidarische Tätigkeiten ausübenden jungen Menschen nicht zu bezahlen, vermieden wird.

Der Stellungnahme-Entwurf wurde einstimmig angenommen und stand anlässlich der Plenartagung am 05./06.12.2018 zur Verabschiedung heran.

- Stellungnahme-Entwurf „Programm ‚Digitales Europa‘ (2021–2027)“ (CDR 3951/2018; Berichterstatter: Markku MARKKULA, SF/EVP)

Der Stellungnahme-Entwurf begrüßt den Vorschlag für das neue Programm „Digitales Europa“, dessen Maßnahmenpaket der engen Verflechtung von Digitalisierung, Forschung und Innovation mit allen großen EU-Programmen und der europäischen gesamtgesellschaftlichen Entwicklung Rechnung tragen will. Er beantragt einige Änderungen des Kommissionsvorschlages, um den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in diesem Zusammenhang mehr Gewicht zu verleihen. Künstliche Intelligenz wird als vielversprechende Technologie für die Förderung nachhaltigen Wachstums und die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen gesehen, wobei aber die Qualität der Daten und der Schutz der Privatsphäre gewährleistet sein müssen. Den Bürgern müssten geeignete digitale Kompetenzen vermittelt werden, junge Leute sollten über die europäischen Bildungssysteme fortgeschrittene digitale Kompetenzen erwerben. Begrüßenswert seien auch Investitionen im Rahmen des Programmes in leistungsstarke digitale

Infrastruktur wie 5G-Netze, um den europaweiten Ausbau der digitalen Dienste und Technologien zu ermöglichen.

Der Stellungnahme-Entwurf wurde einstimmig angenommen und stand anlässlich der Plenartagung am 05./06.12.2018 zur Verabschiedung heran.

### **3.) 21. Sitzung der Fachkommission SEDEC am 27. November 2018**

Die 21. Sitzung der FK SEDEC fand am 27. November 2018 in Brüssel unter dem Vorsitz von José Ignacio CENICEROS GONZALEZ (ES/EVP) statt. Von den österreichischen Mitgliedern waren HLH KAISER, FLR KAMPUS sowie ich als ständige Vertreterin von HLH a.D. SCHAUSBERGER anwesend.

- Stellungnahme-Entwurf „Künstliche Intelligenz für Europa“ (CDR 3953/2018; Berichterstatter: Jan TREI, EE/EVP)

Der Stellungnahme-Entwurf sieht in der Künstlichen Intelligenz (KI) die Chance, dass Aufgaben in viel größerem Umfang und weitaus schneller erledigt werden können, als es mit menschlichen Kräften möglich wäre; er betont aber, dass die Materie eines soliden europäischen Rahmens einschließlich ethischer Leitlinien bedürfe. Zur Förderung der KI sei eine bessere Verzahnung der verschiedenen politischen Maßnahmen und Programme der Europäischen Union sowie eine höhere Dotierung im kommenden mehrjährigen Finanzrahmen vonnöten. Besonders wichtig sei die Aufstockung der Forschungsinvestitionen zur Automatisierung der Industrie durch KI; die mit ihr verbundenen bahnbrechenden Innovationen müssten im Sinne der europäischen Wettbewerbsfähigkeit auf höchster politischer Ebene ernst genommen werden. Bei den anvisierten Maßnahmen in der Kommissionsmitteilung sei der öffentliche Sektor der lokalen und regionalen Ebene leider nicht einbezogen worden, obwohl ihr eine wichtige Rolle etwa bei Investitionen in KI zukomme; daher seien auch bei der geplanten europäischen KI-Allianz (Multi-Stakeholder-Plattform) bestimmte regionale und lokale Interessenträger einzubeziehen. Für Arbeitsplätze, die aufgrund der KI wegfallen werden, müssten Umschulungsmöglichkeiten und finanzielle Ressourcen vorgesehen werden.

Der Stellungnahme-Entwurf wurde mehrheitlich angenommen und steht voraussichtlich anlässlich der Plenartagung im Februar 2019 zur Verabschiedung heran.

- Stellungnahme-Entwurf „Eine erneuerte Europäische Agenda für Forschung und Innovation - Europas Chance, seine Zukunft zu gestalten“ (CDR 3955/2018; Berichterstatter: Birgitta SACRÉDEUS, S/EVP)

Der Stellungnahme-Entwurf stimmt mit der Kommissionsmitteilung überein, dass für die Herausforderungen, vor denen Europa steht, ein neuer Ansatz für Forschung und Entwicklung entwickelt werden müsse, was wiederum ein gemeinsames Vorgehen der Regionen, der Mitgliedstaaten und der Kommission erfordere; in der

neuen Agenda müsse die Rolle des öffentlichen Sektors auch als Akteur, der selbst an Forschung und Entwicklung mitwirkt, deutlich zum Ausdruck gebracht werden. Es sei auch notwendig, die Vorschriften über staatliche Beihilfen noch stärker zu vereinfachen, um verschiedene EU-Programme leichter miteinander kombinieren zu können. Einige gesellschaftliche Herausforderungen müssten in größerem Ausmaß als bei einzelnen Forschungsvorhaben angegangen werden, wofür auch die Programmstruktur auf eine langfristige Finanzierung hin auszulegen sei. Größere Anstrengungen erfordere es, um Forschungsergebnisse in Innovationen und Anwendungen umzusetzen. Lokale und regionale Gebietskörperschaften sollten an der Gestaltung und Verwaltung von Forschungs- und Innovationsprogrammen beteiligt werden. Die Mitgliedstaaten sollten zu ehrgeizigeren Maßnahmen angehalten werden, um das 3%-BIP-Ziel für Forschung und Entwicklung zu erreichen. Ein kohärenter Ethikleitfaden für die Forschung wäre besonders wichtig, um die kooperative Forschung und Innovation in den Bereichen Gesundheit und Pflege, Bildung und Sozialarbeit sowie die interdisziplinäre Forschung mit Schwerpunkt auf den Menschen zu erleichtern.

Der Stellungnahme-Entwurf wurde mehrheitlich angenommen und steht voraussichtlich anlässlich der Plenartagung im Februar 2019 zur Verabschiedung heran.

Die zitierten Dokumente können unter dem Link <http://cor.europa.eu/de/activities/opinions/Pages/opinions-and-resolutions.aspx> (Bereich „Suche nach Stellungnahmen“) mittels der bei der jeweiligen Stellungnahme angegebenen CDR-Nummer (z.B. CDR 6940/2016) abgerufen werden.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Brigitta Pallauf  
Präsidentin des Salzburger Landtages